

Koalitionsvereinbarung

zwischen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

Kreisverband Hamburg-Nord

und der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Unterbezirk Hamburg-Nord

über die Zusammenarbeit in der

Bezirksversammlung Hamburg-Nord 2019-2024



Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL	3
STADTENTWICKLUNG UND UMWELT	4
Bauen und bezahlbares Wohnen	6
Lebendiger Öffentlicher Raum für lebenswerte Quartiere	8
Stadtgrün und Naturschutz	11
Klimaschutz	13
MOBILITÄT	14
Verkehrsplanung	15
Fußverkehr	16
Radverkehr	17
ÖPNV	19
Kfz-Verkehr.....	20
Luftverkehr	21
SOZIALER ZUSAMMENHALT	22
Kultur.....	23
Sport.....	25
Soziales.....	26
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.....	28
Senior*innen	29
Inklusive Gesellschaft.....	29
BÜRGER*INNENBETEILIGUNG	30

PRÄAMBEL

In der Legislatur von 2014 bis 2019 haben SPD und GRÜNE bereits in einer Koalition gemeinsam die Weichen für eine positive Entwicklung des Bezirks Hamburg-Nord gestellt. Zielsetzung war es ,eine „Politik des sozialen Ausgleichs, der Integration, der wachsenden Ansprüche an Mobilität und der ökologischen Entwicklung des Bezirks“ über einen langen Zeitraum konsequent zu entwickeln und durch stabile politische Mehrheiten in der Bezirksversammlung zu begleiten.

Diese gemeinsame Politik von GRÜNEN und SPD wurde bei den Wahlen am 26. Mai 2019 von den Wähler*innen des Bezirks deutlich gestärkt, wenn auch unter anderen Vorzeichen als in der letzten Legislatur. Beide Parteien wollen daher die erfolgreiche Zusammenarbeit der letzten Jahre fortsetzen. Hierzu schließen GRÜNE und SPD im Bezirk Hamburg-Nord eine Koalition, die den Zielen einer gerechten und offenen Gesellschaft, einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung, der Verkehrswende und des Klimaschutzes verpflichtet ist. Gemeinsam werden GRÜNE und SPD demokratische Errungenschaften wie Meinungsfreiheit und Pluralismus verteidigen und für bestmögliche Rahmenbedingungen für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren sorgen.

Demokratie wie auch unsere Gesellschaft lebt vom Engagement der Bürger*innen. Deshalb werden GRÜNE und SPD im Bezirk ebenso besonderen Wert auf Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen legen wie auf die Unterstützung, Förderung und Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.

Gemeinsam werden GRÜNE und SPD sich in den kommenden fünf Jahren auf den Weg machen,

- mehr bezahlbaren Wohnraum,
- mehr Aufenthaltsqualität in den Quartieren,
- mehr Barrierefreiheit und
- mehr Platz für alle, die Rad fahren und zu Fuß gehen, zu schaffen.

Gemeinsam wollen wir bunte, vielfältige Lebensentwürfe fördern und gerechte Chancen für alle bieten. GRÜNE und SPD treten damit für ein weltoffenes, pluralistisches Hamburg-Nord ein, in dem jede*r seinen Platz finden kann. Diese Grundhaltung verbindet GRÜNE und SPD und ist Basis der parlamentarischen Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.

STADTENTWICKLUNG UND UMWELT

Die Zahl der in Hamburg-Nord lebenden Menschen steigt seit Jahren an. GRÜNE und SPD haben zum Ziel, allen Einwohner*innen – ob alteingesessen oder gerade zugezogen – ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld zu bieten. Unser Bezirk wird dichter und den Koalitionspartner*innen ist bewusst, dass Boden eine wertvolle Ressource ist, mit der sie sorgsam und effizient umgehen. Stadtplanerisches Ziel der Koalition sind Quartiere, die mit kurzen Wegen die Bedürfnisse der Menschen wohnortnah erfüllen. Dabei ist den Koalitionspartner*innen bewusst, dass die verschiedenen Generationen unterschiedliche Anforderungen haben. Insbesondere bei größeren Projekten fördern die Koalitionspartner*innen ökologische, energieautarke und autofreie Quartiere, wobei „autofrei“ nicht zum Ausschluss von Gruppen mit besonderen Bedürfnissen wie Senior*innen oder Mobilitäteingeschränkten führen darf.

Dieses stadtplanerische Ziel erfordert einen umfassenden Ansatz: Frühzeitig werden die Bedarfe der Mobilität, der Nahversorgung, des Gewerbes, an Grün-, Park-, Erholungs-, Frei-, Spiel- und Sportflächen sowie die Voraussetzungen für das Wachsen einer sozialen Infrastruktur ermittelt und regelhaft berücksichtigt. Hierzu wird eng mit Institutionen, wie z.B. dem Hamburger Sportbund, der Handwerks- sowie Handelskammer und weiteren Verbänden, zusammengearbeitet, um deren Expertise zu nutzen. Ökologische Erfordernisse wie Versickerungsflächen und Frischluftschneisen werden gleichwertig berücksichtigt soweit es die örtlichen Gegebenheiten zulassen, um ein gesundes Stadtklima und damit gesunde Lebensverhältnisse zu gewährleisten. GRÜNE und SPD begrüßen das Gutachten zur „Magistrale Nord“ und seine Entwicklungsziele. Zur Beurteilung zukünftiger Bau- und Verkehrsvorhaben in diesem Bereich wird dieses strategische Leitbild aufgegriffen und umgesetzt. Insbesondere der Abschnitt der Oberaltenallee hat großes Entwicklungspotenzial. Daher werden die Koalitionspartner*innen eine temporäre Teilsperre in diesem Bereich initiieren, deren Folgen dokumentiert und evaluiert werden sollen.

Den Koalitionspartner*innen ist bewusst, dass sich Entwicklungen trotz umfassender Planungen nicht abschließend vorsehen lassen und sich Stadtraum fortlaufend verändert. Um diese Veränderungen aufzugreifen und negative Entwicklungen zu verhindern, werden die Koalitionspartner*innen ein Verfahren auf den Weg bringen, in dem mit den Bewohner*innen eines Quartiers dessen Entwicklung aufgearbeitet und eine Zukunftsvision für das Quartier mit konkreten Maßnahmen erarbeitet wird. GRÜNE und SPD verfolgen eine Stadtentwicklungspolitik, die vorausschauend aktiv wird und stellen hierfür Mittel bereit.

Um vorausschauend agieren zu können, fordern die Koalitionspartner*innen, die Bezirksversammlung stärker als bisher zu beteiligen, wenn städtische Grundstücke innerhalb des Bezirks Hamburg-Nord verkauft oder in Erbpacht vergeben werden sollen. Eine Beteiligung findet bisher lediglich über die Kommission für Bodenordnung, in die die Bezirksversammlung zwei Mitglieder entsendet, statt. Zukünftig sollen dem Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung die Ausschreibungstexte für Verkäufe oder Erbpachtverträge zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Durch den Ausschreibungstext kann die zukünftige Entwicklung auf dem in Rede stehenden Grundstück beeinflusst werden, weshalb aus Sicht von GRÜNEN und SPD die

bezirklichen Gremien zu beteiligen sind. Die Koalitionspartner*innen befürworten grundsätzlich Konzeptausschreibungen und lehnen eine reine Kaufpreisorientierung bei Grundstücksverkäufen ab.

Um kurze Wege zu ermöglichen, werden die Koalitionspartner*innen verstärkt Erdgeschossflächen für Bedürfnisse, wie z.B. die Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs, ärztliche Versorgung und Kitas, zur Verfügung stellen. Aus demselben Grund sollen Gewerbeflächen vorrangig erhalten und auch neu ausgewiesen werden. Neue Formen wie vertikales Gewerbe sollen ebenfalls genutzt werden, z.B. in Form einer modernen Variante des Kontorhauses. Dazu soll frühzeitig der Kontakt zu möglichen späteren Nutzer*innen gesucht werden. Eingeschossiges Gewerbe, wie z.B. Discounter, wird aufgrund seiner ineffizienten Bodennutzung nicht ausgewiesen.

Zurzeit haben es viele Menschen schwer, Wohnraum zu finden, der ihre besonderen Bedürfnisse erfüllt. Solche besonderen Anforderungen haben z.B. Studierende, Auszubildende, Mobilitätseingeschränkte oder Senior*innen. Auch Jugendwohnungen sind nicht in ausreichender Anzahl vorhanden. Zukünftig wird zudem vermehrt Wohnraum benötigt, der besondere Wohnformen wie Demenzwohnen oder Assistenzwohnen ermöglicht. Den Koalitionspartner*innen ist wichtig, dass alle Menschen in Hamburg-Nord den Wohnraum finden, den sie benötigen. Projekte, die die Herstellung solch besonderen Wohnraums zum Ziel haben, werden daher unterstützt. Dies gilt auch für Wohnprojekte, die Besonderheiten, wie z.B. Gemeinschaftsräume und Pflege- oder Gästewohnungen, bereitstellen.

Die Koalitionspartner*innen sind sich einig, dass neue Baugebiete mit Fernwärme ausgestattet werden, wenn ein Anschluss an bestehende Fernwärmenetze mit vertretbarem Aufwand möglich ist. In anderen Fällen werden möglichst Blockheizkraftwerke, aber auch erhöhte Anteile solarer Wärme, Abwärme und Geothermie eingesetzt. Soweit rechtlich möglich, werden Art und Weise der Energieversorgung, Energieeffizienz und weitere klimaschützende Festsetzungen in Bebauungspläne aufgenommen.

Die Koalitionspartner*innen sind sich darüber einig, dass der Energiebedarf von Gebäuden kontinuierlich reduziert werden muss, um die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen. Das größte Potenzial zur Energieeinsparung in Gebäuden liegt in den Bestandsgebäuden. Dafür soll eine Potenzialstudie für energetische Quartierssanierungen geeignete Gebiete in Hamburg-Nord analysieren, um im Anschluss im Dialog mit den Bewohner*innen sowie den Grundeigentümer*innen Sanierungskonzepte zu erarbeiten. Hierfür sollen Landes- und Bundesmittel eingeworben werden.

Gemeinsam werden GRÜNE und SPD mutig und aufgeschlossen an die Herausforderungen der Stadtplanung und -entwicklung herangehen. Sie befürworten die bezirkliche Kooperation mit anderen Institutionen, wie z.B. der HafenCity Universität Hamburg (HCU), um neue Wege zu gehen und innovative Lösungen zu finden und zu unterstützen.

BAUEN UND BEZAHLBARES WOHNEN

GRÜNE und SPD sind sich der Notwendigkeit bewusst, innerhalb der Stadtgrenzen neuen Wohnraum zu schaffen. Das Anwachsen des „Speckgürtels“ ist aufgrund der Versiegelung un bebauter Flächen und der entstehenden zusätzlichen Verkehre keine zukunftsfähige Lösung. Die Bebauung von Park- und öffentlichen Grünanlagen sowie Natur- und Landschaftsschutzgebieten schließen die Koalitionspartner*innen jedoch aus.

Um die wertvolle Ressource Boden effizient zu nutzen, soll zukünftig höher gebaut werden. Dass hierdurch attraktiver Wohnraum entsteht, zeigt die Beliebtheit hochverdichteter Quartiere wie Eppendorf und Winterhude. In neuen Bebauungsplänen werden daher keine Einfamilienhäuser mehr ausgewiesen. An geeigneten Orten können sich die Koalitionspartner*innen auch prägende Landmarken mit deutlich mehr Stockwerken vorstellen.

In den nächsten Jahren wird Wohnraum vor allem durch Nachverdichtung geschaffen werden. Im Falle der Schließung von Baulücken oder Aufstockungen hat dies in der Regel wenige Auswirkungen auf die Bewohner*innen der bestehenden Gebäude. Jedoch können Nachverdichtungen die Wohnqualität der bereits Ortsansässigen auch erheblich beeinträchtigen. GRÜNE und SPD werden Bauvorhaben zur Nachverdichtung daher im Einzelfall auf ihre Verträglichkeit prüfen, denn sie sind sich einig in dem Ziel, qualitativ hochwertigen Wohnraum und gesunde Lebensumfelder zu schaffen – dies schließt auch die Außenflächen ein. Bei Innenhofverdichtungen sind die Koalitionspartner*innen daher grundsätzlich zurückhaltend.

Trotz des Drucks, neuen Wohnraum zu schaffen, werden GRÜNE und SPD an den ökologischen Standards beim Bauen festhalten und unterstützen Bauherr*innen, die über diese hinausgehen wollen. Die Koalitionspartner*innen wollen den Dialog zwischen Bezirksamt, Politik und den Bauherr*innen weiter intensivieren, um diese von einer weitsichtigen und klimaschonenden Bauweise zu überzeugen und auf die entsprechenden Förderprogramme der KfW und der IFB Hamburg hinzuweisen. Um den grünen Charakter einzelner Quartiere zu erhalten, werden ökologische Kompensationen für entfallendes Grün vorrangig ortsnah erfolgen und in den Festsetzungen zu den Bebauungsplänen festgesetzt. Dabei werden grundsätzlich heimische und standortangepasste Arten festgeschrieben. Zur Schaffung zusätzlichen Grüns ist die Festschreibung von Dachbegrünungen für die Koalitionspartner*innen selbstverständlich. Ebenso die Förderung von Fassadenbegrünungen, die einen wertvollen Beitrag zum Stadtklima leisten können. Konkret fordern die Koalitionspartner*innen eine Fassadenbegrünung beim Neubau des Jugendclubs Wittenkamp, sehen aber auch Umsetzungsmöglichkeiten im neuen Quartier Mesterkamp und beim Gewerbebau.

Trotz der Vielzahl erteilter Baugenehmigungen während der letzten Legislatur, ist es nicht nur für einkommensschwächere Menschen eine Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mietpreisentwicklung in Hamburg, der Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt sowie das Auslaufen von Bindungsfristen für geförderten Wohnraum führen dazu, dass zwischenzeitlich rund jeder zweite Hamburger Haushalt Anspruch auf geförderten Wohnraum hat. Wie in anderen Metropolen wird bezahlbarer Wohnraum so zur „neuen sozialen Frage“ in Hamburg.

GRÜNE und SPD verfolgen das gemeinsame Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, damit niemand an den Stadtrand gedrängt wird, sondern möglichst alle im Viertel ihrer Wahl wohnen können. Die Koalitionspartner*innen bekennen sich daher zum Wohnungsbauprogramm des Senats und werden den im „Vertrag für Hamburg“ fixierten Drittel-Mix aus gefördertem Wohnraum, freifinanziertem Wohnraum und Eigentum konsequent umsetzen und wo immer möglich auch mehr geförderten Wohnraum schaffen. Die Koalitionspartner*innen setzen sich für lange Bindungszeiten ein und fordern, dass sich auch die SAGA im 8 €-Wohnungsbau-Segment engagiert.

Aus Sicht der Koalitionspartner*innen sollten städtische Grundstücke nicht verkauft, sondern im Erbbaurecht vergeben werden. So werden langfristig Einflussmöglichkeiten gesichert. Im Falle eines Verkaufs sollen Grundstücke weiterhin vorrangig an die SAGA vergeben werden, um geförderten Wohnraum zu schaffen. Im Rahmen von Konzeptausschreibungen wollen die Koalitionspartner*innen Baugenossenschaften und Baugemeinschaften besonders berücksichtigen, da sie vielseitigen Wohnraum schaffen und damit zahlreiche besondere Bedürfnisse erfüllen.

GRÜNE und SPD werden zudem die Instrumente des Baurechts verstärkt nutzen, um die Schaffung von Wohnraum zu unterstützen. So wirken z.B. Vorkaufssatzungen Bodenspekulation entgegen. Soziale Erhaltungs- und Umwandlungsverordnungen bieten die Möglichkeit, Luxussanierungen und damit Mietzinssteigerungen zu unterbinden; Baugebote üben Druck auf Grundstückseigentümer aus, Wohnraum zu schaffen. Hier werden die Koalitionspartner*innen entschlossen agieren.

Um Zweckentfremdungen Einhalt zu gebieten, werden GRÜNE und SPD das Wohnraumschutzgesetz konsequent anwenden. Hierfür ist eine ausreichende personelle Ausstattung der zuständigen Stellen im Bezirksamt notwendig, die die Koalitionspartner*innen einfordern werden.

LEBENDIGER ÖFFENTLICHER RAUM FÜR LEBENSWERTE QUARTIERE

GRÜNE und SPD begreifen den öffentlichen Raum als Ort der Begegnung, der Kommunikation und des menschlichen Miteinanders. Ziel der Koalitionspartner*innen ist eine hohe Aufenthaltsqualität, die die Lebensqualität der Bürger*innen insgesamt steigert. Öffentlicher Raum soll lebendig und für alle nutzbar sein. Dafür muss er zurückerobert werden. Die Umgestaltung des öffentlichen Raumes kann selbstverständlich auch zu Lasten von Parkplätzen geschehen.

Die Stadt Wien zeigt mit ihren Grätzl-Oasen („Viertel-Oasen“) seit Jahren, dass gerade Parkraum auf vielfältige Art und Weise anders genutzt werden kann und auch in Stuttgart hat es bereits Projekte mit so genannten Parklets gegeben. Dort haben Anwohner*innen sowie Gewerbetreibende an verschiedenen Orten der Stadt Parkraum individuell gestaltet und damit anders genutzt. GRÜNE und SPD werden prüfen, wie dieses Konzept rechtlich in Hamburg-Nord umgesetzt werden kann, um anschließend mit interessierten Anwohner*innenn ein Pilotprojekt zu starten.

Die Nutzung des öffentlichen Raums und damit die Teilhabe am sozialen Miteinander in den Quartieren setzen voraus, dass alle Menschen in ihren Quartieren mobil sind. Unterschiedliche Gruppen stellen für ihre Mobilität verschiedene Anforderungen an den öffentlichen Raum. GRÜNE und SPD sehen hier derzeit vor allem Schwierigkeiten für Senior*innen, Mobilitätseingeschränkte und Kinder. Diese Schwierigkeiten werden die Koalitionspartner*innen abbauen.

Aus Sicht der Koalitionspartner*innen sind im öffentlichen Raum des Bezirks zu wenige Sitzbänke vorhanden. Gerade Senior*innen sowie Mobilitätseingeschränkten ermöglichen Bänke, zu pausieren und sich auszuruhen. Hierdurch können sie oftmals weitere Strecken zurücklegen, wodurch Selbständigkeit gefördert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Doch auch allen anderen Bewohner*innen eines Quartiers bieten Bänke Platz zum Entspannen und Klönen – wichtige Voraussetzung für lebenswerte Quartiere. GRÜNE und SPD werden daher in dieser Legislatur ein „100 Bänke-Programm“ starten und mit finanziellen Mitteln hinterlegen. Im Laufe der nächsten Jahre im Bezirk 100 neue Bänke an sinnvollen Orten aufgestellt werden. Bei deren Auswahl werden der Seniorenbeirat und weitere fachkundige Institutionen einbezogen. Dieses Projekt werden die Koalitionspartner*innen noch im Jahr 2019 auf den Weg bringen.

Eine weitere Gruppe mit besonderen Bedürfnissen sind Kinder und Jugendliche. So stehen Kinder z.B. aufgrund ihrer Körpergröße vor besonderen Herausforderungen und Jugendliche finden nur wenige Räume, die ihren Interessen entsprechen. GRÜNE und SPD sind sich einig, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Raum haben und ihre Interessen gleichwertig zu denen anderer gesellschaftlicher Gruppen sind.

Die Koalitionspartner*innen schaffen die Voraussetzungen, dass sich Kinder selbständig in den Quartieren bewegen können und Räume vorfinden, die auf ihre Interessen zugeschnitten sind. Das Konzept der beispielbaren Stadt schafft (kindgerechte) Orientierungspunkte im öffentlichen Raum, die es Kindern erleichtern, sich zu orientieren und eigenständig in ihren Quartieren zu bewegen, da auch Wegebeziehungen gekennzeichnet werden. Dies ermöglicht es Kindern, den Weg zu Freund*innen, zum Kiosk oder dem Spielplatz alleine zu bewältigen. Unter

Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen eines Beteiligungsprozesses, werden die Koalitionspartner*innen ein solches Konzept für ein geeignetes Quartier erstellen und umsetzen, um die Sicherheit für Kinder zu erhöhen und ihre Selbstständigkeit zu fördern.

Für ein lebenswertes Quartier brauchen Kinder und Jugendliche Räume, in denen sie sich entfalten können. Bei der Gestaltung von Spielplätzen werden zukünftig die Bedürfnisse von Jugendlichen und Mobilitätseingeschränkten stärker berücksichtigt. So finden bei Jugendlichen z.B. Skateanlagen und -parks großen Anklang, weshalb die Koalitionspartner*innen deren Neubau und Ertüchtigung nach Möglichkeiten unterstützen wollen. Aufbauend auf einen Beschluss der vergangenen Legislatur, Aspekte der Inklusion bei der Gestaltung von Spielplätzen zukünftig stärker zu berücksichtigen, werden GRÜNE und SPD einen Spielplatz im Bezirk mit inklusiven Spielgeräten ausstatten und barrierearme Zuwegungen herstellen. Damit werden lebenswerte Quartiere für alle Kinder und Jugendlichen geschaffen und Inklusion gelebt. Als möglichen Standort fassen die Koalitionspartner*innen den Spielplatz Biedermannplatz ins Auge. An den bewährten Beteiligungsverfahren bei der Neuplanung von Spielplätzen halten GRÜNE und SPD fest.

Neben gestalteten Spielplätzen mit Spielgeräten und klaren Funktionszuweisungen sind Flächen, auf denen sie butchern und ihrer Fantasie freien Lauf lassen können, eine sinnvolle Ergänzung. Das gilt gerade für jene, die im städtischen Raum groß werden und keine Wiesen und Felder hinter dem Haus haben. Daher werden GRÜNE und SPD im Rahmen eines Pilotprojekts im Kerngebiet des Bezirks eine Fläche identifizieren, die Kindern zum freien Spiel überlassen wird.

Freies Spiel wollen die Koalitionspartner*innen Kindern und Jugendlichen auch ermöglichen, indem in einzelnen Straßen bzw. Straßenabschnitten der motorisierte Verkehr zeitweilig ausgeschlossen wird. In zahlreichen anderen Städten Deutschlands wird dies bereits in verschiedenen Formen, z.B. mit temporären Spielstraßen, praktiziert. GRÜNE und SPD wollen solche Räume auch für die Einwohner*innen von Hamburg-Nord schaffen. Hierzu werden die Koalitionspartner*innen die rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um anschließend mit interessierten Anwohner*innenn geeignete Straßen zu finden und gemeinsam mit ihnen dieses Projekt individuell umzusetzen. Für ein solches Projekt werden GRÜNE und SPD aktiv mögliche Kooperationspartner*innen wie Kitas und andere Institutionen suchen.

Lebendig wird öffentlicher Raum auch durch Kunst. Sie individualisiert Räume, regt zum Nachdenken an und bringt Menschen ins Gespräch. Dies hat z.B. die künstlerische Gestaltung des Monopteros im Haynsark im Frühjahr 2019 gezeigt. GRÜNE und SPD begrüßen daher künstlerische Aktivitäten, ob dauerhafte Werke oder zeitlich begrenzte Installationen und unterstützen diese. Konkret werden die Koalitionspartner*innen die Initiative Marcus und Dahl e.V. unterstützen, damit diese ihr Projekt, zwei Nachbildungen von Skulpturen des Bildhauers Gert Marcus in Groß Borstel aufzustellen, umsetzen kann.

Getragen vom Gedanken der Nachhaltigkeit möchten zunehmend mehr Bürger*innen Dinge, die sie nicht mehr benötigen, die aber noch verwendet werden können, an andere Menschen weitergeben, statt sie zu entsorgen. Diesen ressourcenschonenden Ansatz begrüßen GRÜNE und SPD und unterstützen daher Bücher- und Tauschschränke. Als Standort für ein Pilotprojekt für einen Tauschschrank eignet sich aus Sicht der Koalitionspartner*innen die neu gestaltete Fuhsbüttler Straße.

Die Koalitionspartner*innen sind sich darüber einig, Initiativen, die zum Ziel haben, den öffentlichen Raum zu beleben, zu unterstützen – auch finanziell. Rechtliche Ermessensspielräume sollen mutig, fortschrittlich und im Sinne einer Belebung des öffentlichen Raumes ausgelegt werden. Hierbei eint GRÜNE und SPD die Haltung, Projekte nicht zu oktroyieren, sondern Möglichkeitsräume zu schaffen. Projekte bedürfen der Unterstützung vor Ort durch Anwohner*innen.

STADTGRÜN UND NATURSCHUTZ

Für GRÜNE und SPD sind öffentliche Grünflächen von großer Bedeutung für ein gesundes Leben im städtischen Raum. Der Charakter Hamburgs und auch unseres Bezirks als „grüne Metropole“ muss erhalten bleiben und die Koalitionspartner*innen sind sich einig, dass Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Klimawandels auch auf bezirklicher Ebene notwendig sind. Einen guten Teil der durch die Sauberkeitsoffensive des Senats frei gewordenen bezirklichen Mittel werden GRÜNE und SPD daher in ökologische Maßnahmen im Bezirk investieren. Der Förderung und dem Erhalt von Grün in jeglichen Formen räumen die Koalitionspartner*innen grundsätzlich eine wichtige Rolle ein.

Öffentliche Grünanlagen werden erhalten, aufgewertet und auf Möglichkeiten der Erweiterung hin überprüft. Das Landschaftsprogramm der Stadt Hamburg sieht eine Fläche von 6 m² Freifläche pro Einwohnerin und Einwohner vor. Dies ist für die Koalitionspartner*innen ein Minimum; wo immer möglich werden wir mehr Fläche zur Verfügung stellen.

Auch kleine Flächen haben in ihrer Gesamtheit sowohl einen visuellen als auch einen ökologischen Effekt, z.B. als Versickerungsflächen. Die Koalitionspartner*innen werden daher Versiegelungen von Flächen bei Baumaßnahmen kritisch hinterfragen und diese unterlassen, wenn hierfür keine zwingenden Gründe genannt werden - auch wenn dies zu höheren Unterhaltskosten führt.

Gemeinsam wollen die Koalitionspartner*innen erreichen, dass alle Einwohner*innen des Bezirks fußläufig eine Grünfläche erreichen können und dass die vorhandenen Grünflächen durch grüne Wege verbunden sind - dies schafft Lebensqualität! Ein Baustein hierzu sind so genannte Pocket Parks, bei denen kleine, wenig oder gar nicht genutzte Flächen zu kleinen grünen Oasen und Treffpunkten umgestaltet werden. Einen solchen Pocket Park („Lütt´n Park“) werden GRÜNE und SPD im Bezirk schaffen. Als möglichen Ort dafür sehen wir eine Fläche an der Kreuzung Lehmweg/Löwenstraße in Hoheluft-Ost.

Mit Blick auf den Stadtpark als einen der zentralen Erholungsorte unseres Bezirks verfolgen GRÜNE und SPD den bereits angestoßenen Prozess der Erweiterung der Parkfläche und einer Steigerung der (Aufenthalts-) Qualität weiter. Das in Auftrag gegebene Gutachten zur Zukunft des Stadtparks wird Vorschläge machen, deren Umsetzung wir angehen werden. Eine explizite Fragestellung des Gutachtens ist, ob die Otto-Wels-Straße temporär für den MIV gesperrt werden kann. Zum Südring wurde bereits beschlossen, dass das Gutachten die „Aktivierung des Südrings für Freizeitaktivitäten / Reduzierung oder Sperrung des Kfz-Verkehrs“ untersucht. Sollte dies möglich sein, werden die Koalitionspartner*innen beides entsprechend umsetzen.

Die Herstellung und Pflege sämtlicher Flächen werden wir ökologischer gestalten und dabei grundsätzlich auf heimische Arten zurückgreifen, um die biologische Vielfalt zu stärken. Dies gilt für Grün-, Park- und Erholungsflächen, aber auch für das Straßenbegleitgrün. Das erfolgreiche Projekt „Frühblüher für Bienen“ auf Straßenbegleitflächen wird verstetigt.

Ein wichtiges Anliegen von GRÜNEN und SPD ist es, mehr „Essbare Stadt“ zu schaffen, da diese Nahrung für Mensch und Tier bereithält und für die biologische Vielfalt in unserem Bezirk

wichtig ist. Auf öffentlichem Grund werden hierzu mehr Obstbäume, Beeren- und Nusssträucher sowie Hecken gepflanzt. Grundsätzlich soll es allen erlaubt sein, für den Eigenbedarf Früchte von diesen Gehölzen zu ernten.

Eigene Gärten sind in einer Stadt wie Hamburg eher die Ausnahme als die Regel. Deshalb werden GRÜNE und SPD interessierten Initiativen geeignete Flächen als öffentliche Gemeinschaftsgärten (Urban Gardening) zur Verfügung stellen. Um Interessierten „Urban Gardening“ zu erleichtern, wird eine Übersicht erstellt, die die rechtlichen und weitere Voraussetzungen erläutert und die bezirklichen Ansprechpartner*innen benennt. Bei Bedarf werden die Koalitionspartner*innen auch eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten bereitstellen.

Prägend für unseren Bezirk sind die Straßenbäume, die zudem einen wichtigen Beitrag zum Stadtklima leisten. Diese zu schützen, zu erhalten und fördern ist gemeinsames Ziel von GRÜNEN und SPD. An dem in der letzten Legislatur etablierten 1:1-Nachpflanzgebot für notwendige Straßenbaumfällungen halten die Koalitionspartner*innen fest und fordern dessen Umsetzung - vor allem die der zeitlichen Komponente - auch von anderen Maßnahmenträger*innen wie dem LSBG konsequent ein. Die Koalitionspartner*innen setzen sich für einen umfassenden Schutz von Straßenbäumen bei Baumaßnahmen ein, auch wenn diese Arbeiten dadurch zeit- bzw. kostenintensiver werden. Wir werden die Standortbedingungen für Straßenbäume verbessern. Diese benötigen im dichten Stadtraum vor allem mehr Platz, was die Koalitionspartner*innen durch die Vergrößerung von Baumscheiben und den Einbau von luftführenden Substraten erreichen wollen, auch wenn dies zu Lasten von Parkplätzen geht. Auch damit wird ein Beschluss der letzten Legislatur fortgeführt.

GRÜNE und SPD sind sich der ökologischen Bedeutung der Naturschutzgebiete des Bezirks bewusst, werden diese erhalten und sich für Erweiterungen stark machen. Konkret werden durch die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) zurzeit für das Naturschutzgebiet Raakmoor Erweiterungspotenziale geprüft. Die Koalitionspartner*innen fordern, mögliche Erweiterungen umzusetzen. Wie bei den Grünflächen verfolgen die Koalitionspartner*innen einen ökologischen Gestaltungs- und Pflegeansatz. Hierzu werden Pflege- und Entwicklungspläne für die jeweiligen Gebiete erstellt bzw. aktualisiert und umgesetzt.

Wie ganz Hamburg ist auch der Bezirk Nord durch Gewässer geprägt: Alster, Osterbek und Tarpenbek erfreuen sich großer Beliebtheit und die Koalitionspartner*innen sind sich einig, den ökologischen Zustand der Gewässer zu verbessern. Konkret werden GRÜNE und SPD die Renaturierung der Alster-Auen in Klein Borstel durch die Rücknahme ufernaher Wege vorantreiben. Das stärkt die ökologische Qualität der Alsteraue und trägt dazu bei, Folgen des Klimawandels wie Starkregenereignisse zukünftig besser abzufangen zu können. Die Maßnahmen des vom Bund geförderten Naturschutz-Großprojekts „Natürlich Hamburg!“ unterstützen die Koalitionspartner*innen.

Um die Artenvielfalt in der Stadt zu unterstützen, setzen die Koalitionspartner*innen ein Förderprogramm für Gebäudebrüter auf, das die Anbringung von Nisthilfen an Gebäuden finanziell unterstützt.

KLIMASCHUTZ

Die Folgen des Klimawandels sind in den letzten Jahren z.B. durch die Häufung von Starkregeneignissen und Hitzeperioden für alle Hamburger*innen spürbarer geworden. Für GRÜNE und SPD hat Klimaschutz eine hohe Priorität. Die Koalitionspartner*innen sind sich darüber einig, dass auch auf bezirklicher Ebene Maßnahmen zum Klimaschutz möglich und notwendig sind. Die Koalitionspartner*innen verfolgen dabei einen integrierenden Ansatz, eine Strategie, die den Klimaschutz mit der Klimaanpassung verbindet. GRÜNE und SPD verstehen Klimaschutz als eine Querschnittsaufgabe, die sämtliche Handlungsfelder von Politik und Verwaltung im Bezirk berührt und verpflichtet. Dabei werden einzelne Handlungsfelder nicht separat, sondern als Ganzes gedacht. Ziel der Koalition ist es, den Klimaschutz als selbstverständlichen Aspekt jeglichen politischen und bezirklichen Handelns zu etablieren.

GRÜNE und SPD werden das bezirkliche Klimaschutzkonzept umsetzen, das in der vergangenen Legislatur auf den Weg gebracht wurde. Sollten hierzu zusätzliche Mittel notwendig sein, werden wir diese beim Senat einwerben. Die Umsetzung des Konzepts beinhaltet auch die Einstellung einer Klimamanagerin bzw. eines Klimamanagers. Um dieser Person im Verwaltungsapparat Durchsetzungskraft zu verleihen und aufgrund des fachbereichsübergreifenden Charakters von Klimaschutzmaßnahmen, wird diese Position in Form einer Stabsstelle bei der Bezirksamtsleitung hierarchisch weit oben angesiedelt. Nach Auslaufen der Förderung für die Stelle wird diese verstetigt. Im Bereich Stadtplanung soll eine personelle Zuständigkeit für die Berücksichtigung der Belange des Klimaschutzes bei der Aufstellung von Bebauungsplänen benannt werden.

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz wird auch durch das Kaufverhalten bzw. die Nutzung nachhaltiger Produkte geleistet. Die öffentliche Hand hat hier großes Gewicht. GRÜNE und SPD werden daher die Anwendung des „Leitfaden(s) für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg (Umweltleitfaden)“ durch das Bezirksamt prüfen und auf eine konsequente Anwendung hinwirken. Im Bereich der Energieversorgung fordern GRÜNE und SPD die Nutzung von erneuerbaren Energien für alle öffentlichen Gebäude des Bezirks.

MOBILITÄT

Die Klimakrise ist die größte politische Herausforderung der Gegenwart. Während es in anderen Sektoren seit 1990 gelungen ist, die Emissionen an CO₂ zu reduzieren, passierte im Verkehrssektor das Gegenteil: Zwischen 1990 und 2017 stiegen sie um 5,5%. Da es im Bezirk Hamburg-Nord weder größere Landwirtschaftsflächen noch thermische Kraftwerke oder größere Industrieprozesse (z.B. Zementherstellung oder Raffinerien) gibt, verengt sich für uns das Thema auf die CO₂-Quellen Gebäudeheizung und Verkehr. Da das Bezirksamt für die Gestaltung aller Bezirksstraßen und somit der allermeisten Straßen verantwortlich ist, hat es erheblichen Einfluss auf unsere Verkehrsinfrastruktur, die wiederum die Wahl der Verkehrsmittel maßgeblich beeinflusst. Für den Klimaschutz haben GRÜNE und SPD daher die bezirkliche Verkehrspolitik als „längsten Hebel“ identifiziert. Unser gemeinsames Ziel ist, durch lokales Handeln die erforderlichen Grundlagen zu legen, um perspektivisch einen emissionsfreien Verkehrssektor in Hamburg-Nord zu ermöglichen. Im Gegensatz zu ländlichen Regionen bietet der verdichtete Stadtraum von Hamburg-Nord dafür sehr gute Voraussetzungen.

Es ist illusorisch, zu erwarten, dass eine große Zahl von Bürger*innen die Wahl ihrer Verkehrsmittel nur aufgrund der Klimakrise überdenkt. Was bei der Wahl der Verkehrsmittel dagegen zählt, sind die Faktoren Schnelligkeit, Sicherheit und Bequemlichkeit. Im Wissen um unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen haben GRÜNE und SPD daher bei den drei genannten Faktoren zum Ziel, zu Fuß Gehen, Fahrradfahren und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für möglichst viele Menschen zu den attraktivsten Verkehrsmitteln in Hamburg-Nord zu machen. Darüber hinaus ist die Herstellung von Verkehrssicherheit zentrales Ziel unserer Verkehrspolitik. GRÜNE und SPD bekennen sich zur „Vision Zero“, dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu senken, und wollen sich zudem für weniger Stress und mehr Fairness im Straßenverkehr einsetzen.

Die Verkehrsplanungen der vergangenen Jahrzehnte begünstigten die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs: Die derzeit vorherrschende Verkehrsinfrastruktur hat zur Folge, dass das Auto noch immer als das attraktivste Verkehrsmittel gilt. 25% aller Wege in Hamburg-Nord wurden 2017 mit dem Auto zurückgelegt. Doch diese Attraktivität des Autofahrens – noch heute eine Folge der „autogerechten Stadt“ – hat einen hohen Preis: Nicht nur das Klima leidet, auch ist die Auto-Infrastruktur sehr flächenintensiv und beeinträchtigt damit auch die Lebensqualität in den Quartieren. Wer den Umweltverbund stärken will, muss bereit sein, Verkehrsflächen zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV umzuverteilen. Die Koalitionspartner*innen sind sich einig, dass die Verkehrswende nicht am Erhalt von Parkplätzen scheitern darf. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass es Menschen gibt, die auf die Nutzung eines Kfz angewiesen sind, wie z.B. mobilitätseingeschränkte Menschen und solche, die beruflich auf das Kfz angewiesen sind.

VERKEHRSPLANUNG

Vorrangiges Ziel der Koalitionspartner*innen bei der Gestaltung von Verkehrsflächen soll sein, den Fußverkehr, Radverkehr und/oder ÖPNV schneller, sicherer und/oder bequemer zu gestalten. Dafür wollen wir den schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen mehr Raum einräumen und so barrierefreie Fußwege und regelgerechte Radverkehrsanlagen schaffen. Da bisher die meiste Fläche vom Auto beansprucht wird, nehmen wir bewusst in Kauf, dass diese Fläche vor allem im innerstädtischen Bereich in Zukunft reduziert wird. Öffentliche Verkehrsflächen dienen vornehmlich der Bewegung, daher wollen wir die Anforderungen des fließenden Verkehrs gegenüber denen des ruhenden Verkehrs priorisieren. Fußgänger*innen wollen wir konsequent vor dem Radverkehr schützen. Daher sollte der Radverkehr nicht auf derselben Höhe unmittelbar neben dem Fußverkehr stattfinden. Wir begrüßen es, den Radverkehr auf die Fahrbahn zu verlegen, da Radler*innen dort besonders gut vom Kfz-Verkehr wahrgenommen werden und so Unfälle vermieden werden können. Benutzungspflichtige gemeinsame Geh- und Radwege lehnen wir grundsätzlich ab, ebenso wie schmale, hinter parkenden Autos versteckte Hochbordradwege und die Beschilderung „Radfahrer frei“ an Fußwegen, da auch dies Fußgänger*innen gefährdet.

Bäume wollen wir bei Verkehrsplanungen grundsätzlich erhalten. Wenn zur Erreichung der verkehrlichen Ziele Baumfällungen erforderlich sind, so wollen wir diese mindestens 1:1 durch Neupflanzungen ausgleichen, notfalls auch außerhalb des Planbereiches. Unabhängig davon streben wir an, bei Verkehrsplanungen Potenziale für Neupflanzungen zu nutzen, um möglichst oft Planungen nicht nur mit einer ausgeglichenen, sondern mit einer positiven Baumbilanz zu beenden.

Wenn im Rahmen einer Verkehrsplanung die Fahrbahn einer Straße erneuert wird, so wollen wir immer auch die Nebenflächen mit in die Planung einbeziehen, wenn dort Verbesserungen erforderlich sind. Wenn es in Wohngebieten (30er-Zonen) zu „Schleichverkehr“ kommt, die Straßen also in nennenswerter Zahl vom Kfz-Durchgangsverkehr ohne Quelle oder Ziel im selben Gebiet genutzt werden, wollen wir verkehrlenkende Maßnahmen zu dessen Verhinderung, wie z.B. Durchfahrtssperren, Einbahnstraßen, nur nach rechts abbiegen oder „Knochenkreuzungen“, nutzen. Um in den kommenden Jahren eine echte Verkehrswende schaffen zu können, sind umfangreiche Umbauten im öffentlichen Straßenraum erforderlich. Dafür reichen die volkswirtschaftlichen Kapazitäten jedoch nicht aus (Tiefbauunternehmen). Sollten die verkehrlichen Ziele in einem bestimmten Zeitrahmen nicht anders erreicht werden können, so wollen wir auch probeweise Umgestaltungen des Straßenraumes akzeptieren. Die Tiefbau-Rahmenzuweisung (nicht: Mittel zur Unterhaltung) betrachten wir als „politische Mittel“: Oberhalb einer gewissen Relevanzschwelle sollte das Bezirksamt Ausgaben daraus nur auf Basis eines politischen Beschlusses der Bezirksversammlung tätigen. Um die ambitionierten Ziele in der Verkehrspolitik erreichen zu können, wird im Bezirksamt ein Umsteuern des Personals zugunsten des Tiefbau-Bereichs notwendig sein. Um Planungen aus einer Hand zu ermöglichen, wollen wir uns gegenüber dem Senat auch dafür einsetzen, die untere Straßenverkehrsbehörde von der Polizei in die Bezirksamter zu verlagern.

FUßVERKEHR

Gerade für „schwächere“ Verkehrsteilnehmer*innen wie Kinder, Senior*innen oder Menschen mit Behinderung ist zu Fuß Gehen Kern ihrer Mobilität. Daher ist es Aufgabe der Gesellschaft, den Fußverkehr gegenüber anderen Verkehrsarten besonders zu schützen. Fußwege sollen daher mindestens 2 Meter breit, gut beleuchtet, barrierefrei und mit Platten befestigt sein. Zudem sollen sie nicht vom Radverkehr durchschnitten werden, z.B. an Ampeln oder Bushaltestellen. Die Koalitionspartner*innen wollen daher ein Bauprogramm gezielt für Fußwege auflegen, ohne gleichzeitig die Fahrbahn an der jeweiligen Straße zu sanieren: Wenn nur die Nebenflächen neugestaltet werden, so werden weniger finanzielle Mittel pro Abschnitt benötigt und daher können mehr Fußgänger*innen von diesem Programm profitieren. Mit Priorität ausgewählt werden sollen dabei Gehwege, die heute über keine Befestigung mit Platten verfügen und/oder besonders schmal sind und Potenzial für Verbreiterung haben.

Um Fußgänger*innen vor Radverkehr zu schützen, werden die Koalitionspartner*innen auch weiterhin vom Senat eine Umgestaltung der Langenhorner Chaussee einfordern: Das aktuelle „Provisorium“ mit schnell fahrenden Rädern auf dem Gehweg besteht nun schon viel zu lange. Eine Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn würde Kindern und Menschen mit Behinderungen dagegen nachhaltig vor den Gefahren des Radverkehrs schützen. GRÜNE und SPD streben weiter eine Überplanung der Langenhorner Chaussee wie im letzten Koalitionsvertrag vereinbart an.

Aus demselben Grund wollen GRÜNE und SPD sich auch für eine Umgestaltung von Sierichstraße und Herbert-Weichmann-Straße einsetzen. Im Straßenverlauf sind nur abschnittsweise Radwege vorhanden. Daher ist Radeln in Wunschrichtung oftmals nicht legal möglich, auf jeden Fall aber unattraktiv (auf der Fahrbahn). Viele Radler*innen nutzen daher die Gehwege und gefährden so Senior*innen wie auch Kinder. Wir fordern für Sierichstraße und Herbert-Weichmann-Straße daher eine Radverkehrsführung, die so attraktiv ist, dass keine Radler*innen mehr auf dem Gehweg unterwegs sind. Dadurch würde auch die bislang verbliebene Lücke in den Alster-Fahrradachsen zwischen Bellevue und Fährhausstraße geschlossen.

GRÜNE und SPD wollen die Anordnung von Gehwegparken durch die Polizei überprüfen lassen: Gehwegparken sollte grundsätzlich nur dann aufrechterhalten werden, wenn dadurch die Gehwegbreite nicht auf unter 2 Meter eingeschränkt wird. Viele Bürger*innen beklagen die mangelnde Beleuchtung von Gehwegen, gerade in Relation zur guten Beleuchtung der Fahrbahnen. Daher wollen sich die Koalitionspartner*innen dafür einsetzen, dass in Hamburg-Nord ein Pilotprojekt für eine über Hamburger Standards hinausgehende Beleuchtung von Gehwegen zur Umsetzung kommt. Aus Sicht der Koalitionspartner*innen bietet sich hierfür das neu zu gestaltende Quartier Mesterkamp an. Bei allen neuen Verkehrsplanungen wollen wir regelhaft seniorengerechte Bänke vorsehen, um für mobilitätseingeschränkte Menschen auch längere Wege wieder „gehbar“ zu machen. Die Absenkung von Bordsteinkanten und den barrierefreien Ausbau von Querungen wollen wir fortsetzen. An viel befahrenen Straßen wollen wir zusätzliche Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen schaffen. An so vielen Stellen wie möglich wollen wir uns für Tempo 30 einsetzen. In der Flughafenstraße östlich der Langenhorner Chaussee wollen wir eine Zone 30 einrichten. Gegenüber dem Senat werden wir uns dafür einsetzen, dass dieser auch auf die letzten verbliebenen sog. „Bettelampeln“ in

Hamburg-Nord verzichtet. Maßnahmen, die sich aus dem in der letzten Legislatur beschlossenen Schulwegeplan ableiten, wollen wir positiv begleiten.

Besonders am Herzen liegen GRÜNEN und SPD auch die Fußverkehrsstrategien für Hoheluft-Ost und Alsterdorf. Die darin aufgezeigten Maßnahmen wollen wir Schritt für Schritt umsetzen und bei Bedarf zusätzliche Mittel für deren Umsetzung bei der Landesebene einwerben. Für die Eppendorfer Landstraße wollen wir das in der vergangenen Legislatur begonnene Beteiligungsverfahren positiv begleiten. Zielsetzung des gemeinsam angestoßenen Beteiligungsverfahrens ist die Steigerung der Aufenthaltsqualität.

RADVERKEHR

Die Steigerung des Radverkehrsanteils am gesamten Verkehrsaufkommen ist eines der zentralen Ziele der Verkehrswende. Dieses wollen GRÜNE und SPD durch einen Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr erreichen. Deren zentraler Baustein ist das Hamburger Veloroutennetz. Dieses wollen die Koalitionäre im Rahmen des geplanten Ausbaus vollenden. Bislang noch nicht bearbeitete Abschnitte wie Mundsburger Damm, Suhrenkamp oder die Kreuzungen der Uferstraße müssen endlich angegangen werden. Zudem wollen wir den Ausbau der Rathenastraße zur Veloroute 4 nutzen, um diese zur Fahrradstraße umzugestalten. Darüber hinaus sollte diese Legislatur für eine Erweiterung des Netzes genutzt werden, GRÜNE und SPD werden sich daher für einen Abzweig der Veloroute 4 nach Groß Borstel einsetzen. Die Koalitionäre streben an, den Veloroutenausbau zu nutzen, um bisherige 30er Zonen in Fahrradstraßen umzuwandeln. Dies wäre möglich im Laukamp, im Borner Stieg, im Höpen (Ost), in der Moorreye (Nord) sowie im Wacholderweg. Veloroutenabschnitte mit Radverkehr auf der Fahrbahn sind nur dann auch für Senior*innen oder Kinder attraktiv zu radeln, wenn nur wenig Kfz-Verkehr unterwegs ist. Daher wollen wir uns für gezielte – auch bauliche - Maßnahmen der Verkehrslenkung einsetzen, um Velorouten möglichst frei von Kfz-Durchgangsverkehr zu halten (z.B. von-Essen-Straße).

Bei der Einrichtung von Fahrradstraßen wollen wir situationsbezogen entscheiden, ob wir uns für eine Beschilderung mit „Anlieger frei“ oder „Kfz frei“ einsetzen wollen. Da wir uns weniger Autoverkehr wünschen, werben wir in allen Verfahren allerdings für die Beschränkung der Durchfahrt („Anlieger frei“).

Velorouten unterscheiden sich von anderen Strecken für den Radverkehr durch einen gewissen Mindeststandard in der Radverkehrsführung. Für uns erfüllt eine Führung bei Tempo 50 im Mischverkehr ohne Radfahr- oder wenigstens Schutzstreifen diesen Mindeststandard nicht.

Auf bezirklicher Ebene wollen die Koalitionäre die Velorouten durch ein Netz aus bezirklichen Radrouten in Anlehnung an das bezirkliche Radverkehrskonzept ergänzen. Diese Bezirksrouten sollen dann auch eine wegweisende Beschilderung erhalten. GRÜNE und SPD wollen auch weiterhin mindestens 600.000€ jährlich in den Ausbau der Bezirksrouten investieren und sich darüber hinaus beim Senat für weitere Mittel einsetzen. Priorität beim Ausbau der Routen sollen dabei insbesondere solche Abschnitte haben, die Lückenschlüsse zwischen zwei schon heute gut zu radelnden Abschnitten darstellen.

So verfolgen wir in dieser Legislaturperiode eine Umgestaltung der Martinistraße aus den Mitteln des Bündnisses für den Radverkehr, die den dort über 5.000 Radler*innen täglich wie auch den Anforderungen an ein „barrierefreies Musterquartier“ gerecht wird. Die Umgestaltung erfolgt unter der Prämisse Tempo 30, was wir mit Nachdruck einfordern werden.

In der Osterbekstraße in Barmbek-Süd wollen die Koalitionspartner*innen eine hochattraktive Fahrradstraße am Wasser etablieren, auf der auch heute schon fast keine Autos fahren. Am Maienweg wollen wir die Lücke zwischen den schon bestehenden Radfahrstreifen im Ohlsdorfer und im Alsterdorfer Abschnitt schließen. An der dringend sanierungsbedürftigen Tangstedter Landstraße wollen GRÜNE und SPD im Rahmen der Grundinstandsetzung Radfahrstreifen etablieren und so auch Fußgänger*innen vor Gehwegradler*innen schützen und dies auch durch begleitende Verkehrskontrollen sicherstellen. Die Koalitionspartner*innen unterstützen einen Austausch des Kopfsteinpflasters in der Semperstraße (Ost), da so eine durchgängige Route von Barmbek bis zum Goldbekplatz ermöglicht wird. Eine ganze Reihe von Abschnitten bezirklicher Radrouten verläuft allerdings auch auf Hauptverkehrsstraßen. Daher setzen wir uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass dieser Wellingsbütteler Landstraße, Krausestraße, Erdkampsweg (Mitte) und Braamkamp mit Radfahrstreifen ausstattet.

Auf Ebene der Metropolregion Hamburg wird ein Radschnellweg von Norderstedt nach Hamburg entwickelt. Dieses Projekt unterstützen GRÜNE und SPD ganz ausdrücklich. Unter einem Radschnellweg verstehen die Koalitionäre eigentlich eine kreuzungsfreie Führung des Radverkehrs, mindestens jedoch eine Führung in Fahrradstraßen. Der Schnellweg sollte nicht schon am Ochsenzoll enden, sondern möglichst tief in die Stadt hineinführen, z.B. bis nach Alsterdorf. Für den Bereich des Hamburger Flughafens wollen wir uns für die Erstellung und Umsetzung eines Radverkehrskonzeptes einsetzen.

Eine heute übliche Radverkehrsführung an stark befahrenen Straßen sind Radfahrstreifen. Die Radfahrstreifen sollten in Regelbreite ausgeführt werden, damit Überholen besser möglich wird und unsichere Radler*innen an Sicherheit gewinnen. Gerade viele Eltern machen sich Sorgen, wenn ihre Kinder auf der Fahrbahn fahren. Ziel muss es sein, die Akzeptanz des Fahrrades auf der Fahrbahn zu erhöhen, um diesen Ängsten entgegen zu wirken. Um diese Ängste zu reduzieren, setzen wir uns auch dafür ein, die Strafen für Autofahrende, die den Mindestabstand bei Überholvorgängen nicht einhalten, deutlich zu erhöhen. Höher als auf Radfahrstreifen ist das Gefühl der Sicherheit auf einem (physisch) geschützten Radfahrstreifen („Protected Bike Lane“), den wir an einer stark von Kfz befahrenen Straße in Hamburg-Nord ausprobieren wollen. Gefahrenstellen in Bestandsradwegen z.B. durch hochstehendes Pflaster wollen die Koalitionspartner*innen auch weiterhin im Rahmen der Unterhaltung beseitigen lassen. Marode benutzungspflichtige Radwege wollen wir auch bereits sanieren, bevor sie den Status von Gefahrenstellen erreicht haben.

In der vergangenen Legislatur wurden bereits eine ganze Reihe von Einbahnstraßen für gegenläufigen Radverkehr geöffnet. Dies wollen wir weiter fortsetzen, auch wenn dafür Baumaßnahmen notwendig sind, wie z.B. in der Mozartstraße. Die Poppenhusenstraße wollen wir im Rahmen des Ausbaus der Kreuzung mit der Hufnerstraße zur Veloroute ebenfalls für den gegenläufigen Radverkehr öffnen. Für besonders schmale Einbahnstraßen mit zulässigem Rad-Gegenverkehr wollen GRÜNE und SPD eine Musterlösung entwickeln. Denkbar wäre solch

eine Umsetzung z.B. im Ermlandweg, da dieser eine bezirkliche Radroute gemäß bezirklichem Radverkehrskonzept ist.

Für Mobilität mit dem Fahrrad sind auch gute Abstellmöglichkeiten für Räder essenziell. Daher unterstützen wir die konsequente Umsetzung des Bike&Ride-Konzeptes für die Schnellbahnhöfe. Hier wollen wir prüfen lassen, ob die besonders sicheren Schließanlagen oder Fahrradboxen auch für eine stunden- oder tageweise Vermietung zur Verfügung stehen könnten statt wie bislang nur monatsweise. Bei neuen Verkehrsplanungen wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Aufstellung von neuen Fahrradbügel im Plangebiet angemessen berücksichtigt wird. Die Umsetzung des Fahrradparkkonzeptes für das Komponistenviertel unterstützen wir. Zudem wollen GRÜNE und SPD Fahrradhäuschen auf öffentlichen Flächen in Hamburg-Nord konsequent fördern und das Verfahren zur Genehmigung vereinfachen. Da sich durch Lastenräder, Kinderanhänger und Elektroräder in den letzten Jahren die Anforderungen an solche Häuschen gewandelt haben, sollte das Bezirksamt einen Gestaltungswettbewerb für einen neuen Typ Fahrradhäuschen ausschreiben. Die Koalitionspartner*innen setzen sich für den weiteren Ausbau des Leihsystems StadtRAD ein.

ÖPNV

GRÜNE und SPD stehen zu einer deutlichen Ausweitung des ÖPNV Angebotes in Hamburg-Nord. In den letzten vier Jahrzehnten wurden eine ganze Reihe großer Vorhaben zum Ausbau des Schnellbahnnetzes gestartet, aber ebenso viele auch wieder eingestellt. Das muss sich ändern. Daher unterstützen die Koalitionspartner*innen trotz voraussichtlich hoher Kosten den Bau der U5 Ost. Möglichst zügig soll es auch mit der U5 Mitte vorangehen, die für weite Teile unseres Bezirkes die ÖPNV-Anbindung deutlich verbessern wird. Wir wollen, dass U- und S-Bahn näher an die Haustüren der Menschen herankommen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Maßnahmen der Angebotsoffensive I und II des HVV sowie das langfristige Ziel, innerhalb von fünf Minuten von jeder Haltestelle in der Stadt abfahren zu können. GRÜNE und SPD setzen sich sowohl für die Realisierung eines neuen U-Bahnhofes für die U3 an der Fuhlsbüttler Straße ein als auch für zusätzliche Ausgänge an Bestandsbahnhöfen, wo es die Gegebenheiten erlauben. Die Taktung der S1/S11 muss endlich mit der U1 mithalten und auch tagsüber zwischen den Hauptverkehrszeiten südlich von Ohlsdorf einen 5-Minuten-Takt anbieten.

Wenn Veränderungen bei Bushaltestellen anstehen, wollen wir die Chance nutzen und die Haltestellendichte überprüfen: Ggf. sollten Haltestellenabstände reduziert werden. Nach Bahnen und Metrobussen wollen die Koalitionspartner*innen auch die Taktung der Stadtbusse im Sinne einer Angebotsplanung ausweiten, vor allem in den Abendstunden. Dies gilt besonders für den Stadtteil Groß Borstel, der als einziger Stadtteil des Bezirks über keine eigene Schienenanbindung verfügt. Für den Wiesendamm im Bereich Jarrestadt stellen wir uns vor, dass es auch tagsüber ein Busangebot geben sollte. ÖPNV-Stationen sollten für alle Bürger bequeme Umsteigemöglichkeiten bieten. Das gilt auch für das Umsteigen vom Fahrrad auf den Bus. GRÜNE und SPD wollen daher Bushaltestellen verstärkt mit Fahrradbügeln ausstatten. Für die Außenalster wollen wir prüfen lassen, ob für eine Fuß- und vor allem Fahrradfähre im Pendelverkehr auf halber Höhe der Außenalster zum HVV-Tarif Wirtschaftlichkeit, Nutzung und Komfort gegeben wären.

KFZ-VERKEHR

Nachdem in den letzten Jahren vor allen in die Erhaltung der Hauptverkehrsstraßen investiert wurde, muss der Fokus sich nun mehr den Bezirksstraßen zuwenden. Deren Sanierung wollen GRÜNE und SPD im Rahmen des geplanten Erhaltungsmanagements unterstützen. Diese Aufgaben dürfen jedoch nicht die Setzung bezirklicher Prioritäten zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs gefährden: Wir fordern daher zusätzliche finanzielle Mittel wie auch zusätzliche Personalkapazitäten vom Senat, um das Erhaltungsmanagement stemmen zu können.

In vielen Quartieren ist es schwer, einen freien Parkplatz zu finden. Die Koalitionspartner*innen wollen daher zum einen das Bewohnerparken ausweiten, zum anderen sollte eine personell wie auch geographisch erweiterte Parkraumüberwachung sicherstellen, dass die geltenden Parkregeln auch eingehalten werden. Zudem wollen wir stationsbasiertes Carsharing deutlich ausweiten, um auch Menschen ohne eigenes Fahrzeug Automobilität zu ermöglichen: Nur wenn man auch weiterhin problemlos die Baumarkt-Einkäufe nach Hause bringen kann, ist es attraktiv, auf sein eigenes Auto zu verzichten. Daher wollen wir stationsbasiertes Carsharing auf öffentlichen Flächen auch außerhalb des switchh-Systems ermöglichen. Die Stationen können so im öffentlichen Raum gut sichtbar sein und alle Anwohner*innen wissen lassen „hier geht es auch ohne eigenes Auto“. Das Bezirksamt sollte dazu ein Pilotprojekt starten und bisherige allgemeine Parkplätze zur Verpachtung an Anbieter stationsbasierten Carsharings ausschreiben.

Die Gesundheit der Bürger*innen ist ein sehr hohes Gut, gerade auch in der Verkehrspolitik. Daher ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die Freie und Hansestadt bestehende Gesetze einhält. GRÜNE und SPD wollen daher auch weiterhin Druck auf den Senat ausüben, damit gesetzliche Grenzwerte für Luftschadstoffe auch schon vor 2025 in der Habichtstraße eingehalten werden. Auch Verkehrslärm ist eine oft unterschätzte Gesundheitsgefahr. Die Koalitionspartner*innen setzen sich daher für eine verstärkte Anordnung von Tempo 30 nachts ein, auch hier mit demselben Ziel: Um gesetzliche Lärmgrenzwerte einzuhalten.

GRÜNE und SPD unterstützen einen weiteren Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektroautos.

LUFTVERKEHR

Der Hamburger Flughafen „Helmut Schmidt“ ist als innerstädtischer Flughafen nicht nur ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und Arbeitgeber, sondern für viele Bürger*innen auch eine große Lärmbelastung. GRÜNE und SPD treten daher dafür ein, dass der Flughafen nicht lauter werden darf, als er heute ist. Die Zahl der Flugbewegungen soll daher in Zukunft nicht mehr zunehmen. Einen deutlichen Ausbau der Kapazitäten am Flughafen lehnen wir ab.

Wir unterstützen den Flughafen weiterhin auf seinem Weg zum CO₂-neutralen Airport. Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, dass moderne Flugzeuge die Geräuschemissionen deutlich reduzieren. Wir werden auch immer im Blick haben, dass der Flughafen weiterhin in moderne Technologien investiert. Um diese Ziele zu erreichen, sind wir uns einig, dass die Bezirksamtsleiterin bzw. der Bezirksamtsleiter auch weiterhin im Aufsichtsrat des Flughafens vertreten sein sollte.

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist der Kitt unseres Zusammenlebens. Basis hierfür ist ein respektvoller Umgang miteinander und ein Grundkonsens über unsere demokratische Wertordnung. Rückgrat dieses gesellschaftlichen Zusammenhalts sind die vielen ehrenamtlich Aktiven in verschiedenen Vereinen, Initiativen und Organisationen, die sich für ein soziales Miteinander einsetzen. Dieses vielfältige ehrenamtliche Engagement werden GRÜNE und SPD auch weiterhin unterstützen und fördern.

Hamburg-Nord ist ein offener und vielfältiger Bezirk. Damit dies so bleibt, werden wir auch weiterhin die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Jede*r soll hier einen Platz finden können – unabhängig von Herkunft, sozialem Status, geschlechtlicher Identität sowie körperlichen oder psychischen Einschränkungen. Gemeinsame Zielsetzung ist, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben aller Bewohner*innen des Bezirks zu ermöglichen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, ist für uns handlungsleitend in der alltäglichen bezirklichen Politik.

GRÜNE und SPD wenden sich entschieden gegen Ausgrenzung, Rechtspopulismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Homophobie und werden in der alltäglichen Politik jene unterstützen, die sich den Feinden einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft entgegenstellen.

Mit den Mitteln der Bezirksversammlung wollen wir Möglichkeitsräume schaffen und unterstützen, wo diese Vielfalt des Bezirks gelebt werden kann und der interkulturelle Austausch gefördert wird.

Ein partizipatives Budget soll Menschen in Hamburg-Nord ermöglichen, Ideen für Nachbarschafts-, Stadtteil oder Jugendprojekten zu finanzieren.

Schwerpunkte bei der Förderung aus den Mitteln der Bezirksversammlung Hamburg-Nord werden auch weiterhin in den Bereichen Sport und Kultur liegen – dies nicht zuletzt auf Grund ihrer wichtigen Funktion für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren.

KULTUR

Der Bezirk Hamburg-Nord verfügt über eine vielfältige Kulturlandschaft. Das Angebot reicht vom denkmalgeschützten Stadtpark mit dem Planetarium über die Geschichtswerkstätten, Stadtteilkulturzentren, die Theater (Ernst-Deutsch-Theater und Hamburger Puppentheater, um nur zwei zu nennen), Clubs und Kinos bis hin zur international anerkannten Kulturfabrik Kampnagel. Diese kulturelle Vielfalt wollen GRÜNE und SPD bewahren, fördern und ausbauen.

Kultur und kulturelle Betätigung genießen einen hohen Stellenwert in der bezirklichen Politik. Das hat seine Gründe: Kultur schafft Teilhabe, hilft bei der Persönlichkeitsentwicklung, dient der kritischen Reflexion, fördert den Nachwuchs und schafft Chancen.

Neben der Förderung der Vielfalt der Kultur wollen GRÜNE und SPD auch Möglichkeiten eröffnen, neue Impulse zu setzen. Dies gelang in der Vergangenheit zum Beispiel durch die Initiative der Bezirksversammlung mit der Ansiedlung des Zentrums der freien Theaterschaffenden, der WIESE. Im Zuge dessen kommen nun auch das Junge Schauspielhaus und die Theaterakademie an den Wiesendamm in Barmbek. GRÜNE und SPD wollen der WIESE, die kurz vor der Realisierung steht, zum Erfolg verhelfen.

Schon in der vergangenen Legislatur haben GRÜNE und SPD in der Bezirksversammlung die Initiative ergriffen, um den interkulturellen Austausch zu fördern. Den von uns eingesetzten Sonderfonds für interkulturelle Projekte werden wir in dieser Legislatur fortführen und je nach Bedarf aus bezirklichen Mitteln auffüllen. Die 2017 aus dem Quartiersfonds finanzierte Stelle für Interkultur beim Goldbekhaus werden wir weiter finanzieren. Gleichzeitig werden wir auch für die Regionalbereiche Barmbek und Langenhorn Mittel für personelle Ressourcen für den Bereich Interkultur, angedockt bei einem der dortigen Stadtteilkulturzentren, bereitstellen. Darüber hinaus werden GRÜNE und SPD auch Mittel für eine personelle Ausstattung der Quartiersarbeit rund um die Essener Straße bereitstellen.

Wie bereits in der Vergangenheit werden GRÜNE und SPD auch weiterhin den Stadtteilkulturzentren einen Ausgleich aus dem Quartiersfonds für ihre gestiegenen Betriebskosten gewähren.

Die Bestrebungen der Stadtteilkulturzentren, die Digitalisierung in ihrem Bereich voranzutreiben, unterstützen GRÜNE und SPD ausdrücklich. In einem ersten Schritt werden hierfür bezirkliche Mittel zur Qualifizierung bereitgestellt. Sollten sich in der Folge daraus konkrete Vorhaben ergeben, sind GRÜNE und SPD offen für Anschubfinanzierungen oder die Unterstützung von Pilotprojekten.

Die Medienarbeit des Kulturpunkt im Barmbek°Basch wird abgesichert und besser ausgestattet.

Die dringende Notwendigkeit der Erneuerung der Halle des Goldbekhauses wird anerkannt. GRÜNE und SPD unterstützen die Bemühungen, hierfür Landes- oder Bundesmittel einzuwerben.

Die Erneuerung des Hamburger Puppentheaters wird weiter vorangetrieben und die Pläne zum barrierefreien Umbau unterstützt.

Abgestimmt mit der Landesebene sollen im Bezirk neue und attraktive Übungsräume insbesondere auch für junge Musiker*innen geschaffen werden.

Sollten die Kultureinrichtungen entlang der Theatermeile in Barmbek eine gemeinsame Dachmarke entwickeln wollen, werden GRÜNE und SPD dies positiv begleiten und bei Bedarf auch in angemessener Weise fördern.

GRÜNE und SPD wollen barrierefreie Kultureinrichtungen und gezielt inklusive Kulturprojekte fördern.

Auch weiterhin soll der Kulturpreis der Bezirksversammlung Hamburg-Nord vergeben und anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar die Woche des Gedenkens durchgeführt werden.

Straßen, die nach NS-Täter*innen benannt sind, wollen GRÜNE und SPD umbenennen. In der jüngsten Vergangenheit gerieten auch kolonialgeschichtlich belastete Straßennamen vermehrt in den kritischen Blick der Öffentlichkeit. Initiativen, die sich damit befassen, werden GRÜNE und SPD aufgeschlossen gegenüberstehen.

SPORT

Sport hat eine zentrale Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist nicht nur gesund und macht Spaß, Sport verbindet und bringt Menschen zusammen.

Die Organisationen des Sports sind starke zivilgesellschaftliche Partner*innen in der Entwicklung eines modernen Zusammenlebens. Gemeinnützig in Vereinen organisierter Sport hat enorme Reichweite und bringt vielfachen gesellschaftlichen Nutzen: Gesundheit, sozialen Zusammenhalt, Wertevermittlung, Integration, außerschulische Bildung, sowie gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung mit demokratischen Mitteln. In den Sportvereinen gelingt Inklusion unkompliziert: Die Verschiedenheit der einzelnen Menschen bei Alter, Geschlecht, Religion, Herkunft, Behinderung oder sexueller Orientierung wird akzeptiert und mitgedacht. Der notwendige Wandel der vielfältigen Zivilgesellschaft ist im Sport oft bereits Realität.

Wichtige Werte wie gegenseitiger Respekt, Empathie und Gemeinschaftsgefühl werden bei gemeinsamen sportlichen Aktivitäten gelernt und gelebt. Die meist ehrenamtlich Engagierten in den Sportvereinen vermitteln damit weit mehr als nur sportliche Grundlagen.

Die Sportvereine in Hamburg-Nord leisten enorm viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Arbeit wollen GRÜNE und SPD auch weiterhin aktiv unterstützen. Wir werden auch zukünftig im Bezirk verlässliche Partner*innen des Sports sein und dabei die Vielfalt des Sportangebots erhalten und weiter fördern.

Mit der wachsenden Bevölkerungszahl und den zahlreichen Bauprojekten im Bezirk muss auch die Sportinfrastruktur mitwachsen. Schon in der vergangenen Legislatur haben GRÜNE und SPD zahlreiche Infrastrukturprojekte der Sportvereine aus bezirklichen Mitteln unterstützt. Durch die gemeinsame Initiative der Koalitionspartner*innen konnte z.B. der SC Victoria einen neuen Kunstrasenplatz im Stadion Hoheluft errichten, wurde das neue Verbandshaus des Hamburger Rugbyverbands bezuschusst, konnten ein neues Vereinsheim und ein neuer Kunstrasenplatz für den SV Groß Borstel errichtet werden. Unterstützt haben wir auch den Neubau des Vereinsgeländes des HSV Barmbek-Uhlenhorst sowie die Pläne für ein neues Sportzentrum des ETV.

Wir werden uns auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass die Sportinfrastruktur am Bedarf orientiert ausgebaut wird. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist der Sportflächenbedarf regelhaft zu berücksichtigen. Die von der Bürgerschaft in Auftrag gegebene Bedarfsermittlung für Sportflächen wird vermutlich Defizite zu Tage fördern. Gemeinsam werden GRÜNE und SPD diese Ergebnisse auswerten und im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten alles daransetzen, zusätzliche Anforderungen zu erfüllen und die Errichtung neuer Sportflächen zu unterstützen. Der Bedarf von Sportvereinen muss künftig beim Bau von Sporthallen durch Schulbau Hamburg stärker berücksichtigt werden. Die Errichtung von Kunstrasenplätzen (mit Quarzsand oder Kork) wird weiter unterstützt. Perspektivisch soll der Sportplatz Struckholt (Klein Borstel) saniert werden. Notwendig ist auch eine Sanierung der Sporthalle Hamburg. Hier wollen GRÜNE und SPD Mittel vom Land für eine energetische Sanierung einwerben.

Im Rahmen der Erstellung eines Gutachtens zur Erweiterung des Stadtparks wird auch die Errichtung einer wettkampftauglichen Fläche für Beachvolleyball geprüft. Die Realisierung solch einer wettkampftauglichen Spielfläche im Bezirk wird von GRÜNEN und SPD ausdrücklich unterstützt. Sollte dies nicht im Stadtpark direkt oder in dessen Umfeld möglich sein, wird nach Alternativflächen im Bezirk gesucht. Die Beachvolleyballfläche am Linnering soll saniert und erweitert werden.

Die erfolgreiche Förderung integrativer Sportangebote werden GRÜNE und SPD mit der Weiterfinanzierung des Fonds für Sportangebote für Geflüchtete aus bezirklichen Mitteln fortsetzen.

Um den Parksport zu fördern sollen Trimm-Dich-Stationen (Outdoor Fitnessgeräte) für alle in öffentlichen Park- und Grünanlagen ermöglicht werden. Vor einer breiteren Verteilung solcher Geräte soll die Nutzung an einem Standort evaluiert werden.

GRÜNE und SPD wollen, dass jedes Kind schwimmen lernen kann. Konzeptionelle Voraussetzungen hierfür müssen auf Landesebene geschaffen werden. Gemeinsame Zielsetzung ist es, die Quote der sogenannten „sicheren Schwimmer*innen“ zu erhöhen. Eine Kooperation mit Schwimmvereinen wird dabei begrüßt.

SOZIALES

Nach dem Grundverständnis von GRÜNEN und SPD ist der Bezirk Nord ein „Bezirk für alle“, in dem sich alle Menschen wohlfühlen und ein würdevolles Leben führen sollen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung, Geschlecht, Herkunft oder sozialen Lage.

Nach wie vor sind aber Einkommen und Vermögen ungleich verteilt. Die soziale Lage wird bestimmt durch die Faktoren Einkommen, Vermögen, Wohnen und Arbeit. Die soziale Lage entscheidet noch immer zu oft über Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. GRÜNE und SPD wollen im Bezirk durch gemeinsame Politik an den uns zur Verfügung stehenden Stellschrauben drehen, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Bildung ist nach dem gemeinsamen Grundverständnis ein wichtiger Schlüssel für die Entwicklung und soziale Teilhabe nicht nur von Kindern und Jugendlichen.

Die Mietpreisentwicklung ist wie in anderen Metropolen auch in Hamburg zur neuen sozialen Frage geworden. Rund die Hälfte aller Haushalte hat einen Anspruch auf geförderten Wohnraum. Deshalb wollen GRÜNE und SPD verstärkt Wohnungen mit Sozialbindung bauen lassen, und bei Grundstücksvergaben oder Konzeptvergaben, vorwiegend SAGA und Genossenschaften zum Zuge kommen lassen.

GRÜNE und SPD werden die Errichtung von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen sowie Wohnprojekten, in denen Menschen in ihrer Verschiedenheit zusammenleben, unterstützen.

Eine zentrale Funktion für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren kommt dem Ehrenamt zu. Dieses wollen GRÜNE und SPD würdigen und stärken. Dazu soll einmal jährlich ein „Tag des Ehrenamts“ veranstaltet und aus bezirklichen Mitteln ein Fonds für Qualifizierungsmaßnahmen von Ehrenamtlichen eingerichtet werden.

Die Einrichtung von quartiersnahen Begegnungsstätten und Nachbarschaftstreffs wird von GRÜNEN und SPD unterstützt, ebenso wie Nachbarschaftsprojekte. So können Menschen niedrigschwellig besser in Kontakt treten und Kommunikation und Austausch vor Ort können gelingen.

Die Integrations- und Inklusionsarbeit wird weiter fortgesetzt. Die „Woche der Vielfalt“ wird einmal jährlich wiederkehrend durchgeführt. Gemeinsam treten GRÜNE und SPD entschieden menschenverachtender Rhetorik, ausgrenzender Politik und der Diskriminierung Einzelner genauso wie ganzer Bevölkerungsgruppen entgegen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichem Leben und politischen Entscheidungsprozessen sind für GRÜNE und SPD selbstverständlich.

Soziale Projekte, die gezielt die Lage notleidender Menschen im Bezirk abmildern, wie z.B. die Tafeln oder die Stadtteilküche Dulsberg, werden von GRÜNEN und SPD unterstützt.

Die in Groß Borstel beheimatete Migrant*innenselbstorganisation Ossara wird bei dem Bestreben, ihre rege ehrenamtliche Tätigkeit durch professionelle Begleitung zu stärken, mit Mitteln aus dem Quartiersfonds unterstützt werden.

Die personelle Ausstattung des Projektes Globus auf dem Dulsberg wird aus Mitteln des Quartiersfonds weiter gestärkt. Das Projekt dient der Vernetzung und Kooperation von Behörden und Institutionen, Migrant*innenselbstorganisationen und der Bewohnerschaft im Stadtteil Dulsberg und erfreut sich dort großer Nachfrage.

Das mhc leistet seit mehreren Jahrzehnten als Beratungsstelle und Jugendzentrum für LSB-TIQ* wertvolle und erfolgreiche Arbeit, die GRÜNE und SPD auch weiterhin unterstützen werden – ebenso wie die Förderung queerer Projekte aus bezirklichen Mitteln.

Die Errichtung von Bücherschränken und öffentlichen Tauschbörsen wird ebenfalls unterstützt. Sie dienen sowohl dem nachbarschaftlichen Zusammenhalt als auch der Nachhaltigkeit.

KINDER, JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE

Kinder- und Jugendarbeit hat einen sozialpolitischen, pädagogischen und soziokulturellen Auftrag. Sie begleitet und fördert Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zur Mündigkeit und bietet Hilfestellungen bei der Integration in gesellschaftliche Prozesse. Insbesondere für bildungs- und sozial benachteiligte junge Menschen leistet Offene Kinder- und Jugendarbeit einen Beitrag zur Integration und zur Vermeidung von Ausgrenzung. Die Arbeit wird in unterschiedlichen Einrichtungen geleistet – zum Beispiel in Jugendhäusern, auf Abenteuer- und Bauspielplätzen oder in Kirchengemeinden.

GRÜNE und SPD sind von der Wichtigkeit der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen fest überzeugt. Damit die Bedarfe gedeckt werden können, soll die soziale Infrastruktur erhalten und ggf. neuen Entwicklungen angepasst werden. Gemeinsam setzen wir uns für eine langfristig ausreichende Finanzierung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe aus der von der zuständigen Fachbehörde dem Bezirk zugewiesenen Rahmenezuweisung ein.

Als besonders wichtig wird die Jugendsozialarbeit angesehen, da dort Angebote für junge Erwachsene gemacht werden, die sonst mit Beginn ihrer Volljährigkeit aus vielen Programmen für Jugendliche herausfallen. Zudem bieten sie Hilfestellung für junge Erwachsene, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. In diesem Bereich darf es keine Kürzungen geben. Die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit müssen im Bezirk erhalten bleiben.

Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche werden auch weiterhin aus bezirklichen Mitteln unterstützt.

Spielplätze sollen wie bisher unter Beteiligung der Anwohner*innen saniert und ausgebaut werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung inklusiver Spielplätze gelegt werden, die gleichermaßen von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen genutzt werden können.

GRÜNE und SPD wollen die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen stärken. Gemeinsam werden sich die Koalitionspartner*innen für ein Jugendmitwirkungsgesetz auf Landesebene einsetzen. Im Bezirk soll ein Jugendbeirat etabliert werden, der in seiner Arbeit personell durch das Bezirksamt begleitet werden soll. Dem Jugendbeirat soll analog den Stadtteilräten ein Verfügungsfonds aus Mitteln des Quartiersfonds bereitgestellt werden.

SENIOR*INNEN

Senior*innen sind auch im Bezirk Hamburg-Nord eine stark wachsende Bevölkerungsgruppe mit individuellen Bedürfnissen und Anforderungen. GRÜNE und SPD wollen, dass Senior*innen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Eine wichtige Funktion für die Berücksichtigung der Belange älterer Menschen in der bezirklichen Politik kommt dabei dem Seniorenbeirat zu. Er ist gleichermaßen Ansprechpartner und Impulsgeber für seniorengerechte Politik. Zeitnah soll ein Senior*innenleitbild für Hamburg-Nord verabschiedet werden. Die Arbeit der Senior*innentreffs wird unterstützt und einer Bestandsanalyse unterzogen. Eine interkulturelle Öffnung der Treffs wird ausdrücklich begrüßt. Ansätze einer aufsuchenden Senior*innenarbeit wie beispielsweise in dem Modellprojekt im Bezirk Altona unterstützen wir.

Wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Mobilität. Dies gilt auch und insbesondere für ältere Menschen. Deshalb werden GRÜNE und SPD den Fußverkehr stärken und den barrierefreien Ausbau der Wegebeziehungen in den Quartieren vortreiben. Hierbei ist insbesondere die Absenkung von Bordsteinkanten an Einmündungen und Übergängen im Blick. Besonderes Augenmerk liegt auch auf der Beleuchtung der Straßen, die künftig in erster Linie auf die Gehwege ausgerichtet sein muss.

INKLUSIVE GESELLSCHAFT

Mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK), die von Deutschland im Jahr 2009 ratifiziert wurde, ist ein Meilenstein auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft gelegt worden. Sie ist getragen von der Idee, „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“. Im Zentrum steht die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“.

GRÜNE und SPD sehen sich dem Ziel der inklusiven Gesellschaft, in der körperliche oder geistige Beeinträchtigungen für das Streben nach Anerkennung, Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben keine wesentliche Hindernisse mehr darstellen, verpflichtet.

GRÜNE und SPD wollen auf bezirklicher Ebene einen Inklusionsbeirat einrichten, der mit beratender Stimme an den Sitzungen von Sozial- und Mobilitätsausschuss teilnimmt. Informationen des Bezirksamts sollen künftig vermehrt auch in „Leichter Sprache“ angeboten werden. Auch das fremdsprachige Angebot des Bezirksamtes soll ausgeweitet werden – hierfür muss aber auf Landesebene die Voraussetzung geschaffen werden. Das erarbeitete Konzept für ein inklusives Bezirksamt wird umgesetzt.

BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Demokratie lebt von Beteiligung und dem fairen Wettstreit um die besseren Ideen, Konzepte und Lösungen. Grundvoraussetzung hierzu ist die Akzeptanz verschiedener Meinungen, solange diese sich auf dem Boden der Verfassung bewegen. GRÜNE und SPD wollen im Bezirk Nord die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich möglichst viele Menschen aktiv einmischen und politische Entscheidungsprozesse mitgestalten können.

In der Regel beteiligt sich aber nicht ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, sondern meist besser gebildete Schichten mit einem hohen sozialen Status. Das wollen die Koalitionspartner*innen ändern. Ebenso sollen künftig vermehrt auch Nutznießer*innen von Planungen in die Entscheidungsprozesse gezielt eingebunden werden und nicht nur die direkt betroffenen Anwohner*innen. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden GRÜNE und SPD verschiedene Beteiligungsformate erproben und analysieren.

GRÜNE und SPD werden dafür sorgen, dass die Einbeziehung der Bürger*innen sowie Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse so früh wie möglich erfolgt und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu Beginn eines Verfahrens jeweils klar kommuniziert werden. Kommunikation im Rahmen von Beteiligung soll grundsätzlich barrierefrei erfolgen. Transparenz und die Abwägung von Positionen auf Augenhöhe sind wichtige Grundpfeiler einer guten Beteiligung. Gelungene Partizipation stärkt das Vertrauen in die Demokratie.

Ein wichtiges Instrument der Beteiligung an bezirklicher Politik ist die Teilnahme mit beratender Funktion von Interessensvertreter*innen in den bezirklichen Gremien. Der Seniorenbeirat gibt so seit vielen Jahren wichtige Anregungen zur Berücksichtigung der Interessen älterer Mitmenschen. Wie im vorangegangenen Kapitel geschildert, wollen wir darüber hinaus auch einen Jugend- sowie einen Inklusionsbeirat auf bezirklicher Ebene einrichten.

Auch die Stadtteilräte haben in den letzten Jahren wichtige Impulse für die Bezirkspolitik gesetzt und z.B. durch Hinweise auf Leerstand Handlungsbedarf aufgezeigt. Diese Arbeit wollen GRÜNE und SPD weiter stärken und eine ausreichende Finanzierung sicherstellen. Die Koalitionspartner*innen unterstützen die Bemühungen der Stadtteilräte, bei Planungsprozessen als Träger öffentlicher Belange beteiligt zu werden, wenn sie regional betroffen sind. Gleiches gilt für die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse.

Um möglichst viele Menschen an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen, werden GRÜNE und SPD verschiedene Beteiligungsformate erproben und hierfür bei Bedarf bezirkliche Mittel bereitstellen. Eine Möglichkeit ist die sogenannte „Planungszelle“. Hier wird eine Gruppe von Bürger*innen nach dem Zufallsverfahren ausgewählt und während des Planungszeitraums von arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt. Die Ergebnisse der Beratungen werden am Ende in einem Bürgergutachten zusammengefasst und den politischen Entscheidungsträger*innen als Beratungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Auch das Verfahren des „systemischen Konsens“ soll erprobt werden. Bei diesem Beteiligungsformat wird aus selbst entwickelten Lösungsvorschlägen jener ermittelt, der die geringste Ablehnung erfährt.

Insbesondere bei Verkehrsprojekten wollen GRÜNE und SPD die Beteiligung von Stakeholdern erproben. Ähnlich wie bei der Planungszelle soll ein formelles Gremium den Planungsprozess begleiten. Das Gremium wird aber nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, sondern mit Vertreter*innen plausibler Interessen besetzt. Das können z.B. Anwohner*innen, Vertreter*innen von Verkehrsunternehmen, des ADAC, des ADFC etc. sein.

Für die Erprobung weiterer Formate sind die Koalitionspartner*innen offen. Ausgebaut werden soll auch die Möglichkeit der Online-Beteiligung.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamtes soll intensiviert und der Online-Service soll verbessert werden. Geprüft werden soll die Einführung von Bürger-Petitionen, um Anliegen zusätzlich zu den Bürger*innenfragestunden der bezirklichen Gremien online an die Abgeordneten herantragen zu können.

Ein Partizipatives Budget soll Menschen in Hamburg-Nord ermöglichen, Ideen für Nachbarschafts-, Stadtteil- oder Jugendprojekte zu finanzieren. Die Projektideen werden einmal jährlich eingereicht, diskutiert und eine Jury – bestehend aus Jugendlichen, Fachleuten und Bezirksvertreter*innen – entscheidet, welche Ideen den Zuschlag bekommen.

GRÜNE und SPD werden eine Initiative in der Bezirksversammlung starten, um Verhaltensregeln für Mandatsträger*innen zu verabschieden.